



03.03.2008 | Nr. 090/08

Sylvia Eisenberg: CDU-Fraktion besucht alle schleswig-holsteinischen Berufsschulen

Die Abgeordneten der CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag werden in den kommenden Tagen und Wochen alle Berufsschulen im Land besuchen. Dies gab die berufsschulpolitische Sprecherin der Fraktion, Sylvia Eisenberg, heute (03. März) in Kiel bekannt.

„Wir wollen damit deutlich machen, wie wichtig uns die Berufsschulen als dritte Säule des Bildungswesens in Schleswig-Holstein sind“, erklärte Eisenberg. Die Notwendigkeit der politischen Rückendeckung für die beruflichen Schulen habe die Eröffnungsveranstaltung zum Jahr der Berufsschule gezeigt, bei der Vertreter der Grünen und der FDP ebenso gefehlt hätten wie Vertreter des SSW.

Die berufliche Bildung habe einen Stellenwert an sich. Sie sei keine akademische Ausbildung. Bis auf Ausnahmefälle sei sie keine alleinige schulische Ausbildung. „Berufliche Bildung ist eine auf berufliche Praxis ausgerichtete Bildung“, so Eisenberg. Gerade die Verbindung zwischen Theorie und Praxis sei der wesentliche profilbildende Bestandteil der beruflichen Bildung und mache diese zur 3. Säule des Bildungssystems. Sie sei auf Durchlässigkeit angelegt. Neben der Berufsausbildung in Schule und Betrieb könnten sowohl der Haupt- als auch der Realschulabschluss erworben werden. Gleiches gelte für die Fachhochschulreife in der Fachoberschule und dem beruflichen Gymnasium.

Das Abitur sei ebenfalls auf zwei Wegen (Berufsoberschule und berufliches Gymnasium) möglich. „Diese 3. Säule unseres Bildungssystems ist extrem wichtig. Sie bietet den so genannten „Spätstärtern“ und auch eher praktisch orientierten Schülern die Möglichkeit, die Hochschulreife zu erlangen.“ In Verbindung mit der Ausschöpfung des neuen Schulgesetzes und dem Bündnis für Ausbildung bilde die Berufliche Bildung ein in sich geschlossenes, transparentes und durchlässiges System.

Die CDU stehe für das duale System der Berufsausbildung und zusätzliche differenzierte passgenaue Förderprogramme, wie sie vom Wirtschaftsministerium, dem Bildungsministerium und dem Arbeitsministerium entwickelt wurden. Beispielhaft seien die Förderprogramme für „Jugendliche aus Einwanderungsfamilien“, die „Regionale Ausbildungsbetreuung“, das Konzept „Schule und Arbeitswelt“ und auch die Landespartnerschaft „Schule/Wirtschaft“ zu nennen.